

Schönberg, den 20.10.2013

Pressemitteilung: Bankrotterklärung für Bildung im Land Schleswig-Holstein?

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Anlage senden wir, die Arbeitsgemeinschaft der Landeselternbeiräte aller Schularten, Ihnen einen Brief, den wir vor genau 6 Wochen an die daraus zu ersehenden Adressaten versandt haben. Eine einzige Antwort eines Fraktionsvorsitzenden haben wir erhalten, diese zeigt leider keinerlei konstruktive Reaktion auf unsere Warnungen. Alle anderen Adressaten blieben stumm. Dieser Brief ging auch an unsere Ministerinnen Frau Prof. Dr. Wende und Frau Heinold.

Inzwischen wurden zwar aus den Zensus-Millionen zusätzliche 9 Millionen für den Bereich Bildung eingesetzt, dieses reicht allerdings in keinsten Weise, die deutlich zu vielen Löcher im Schulalltag zu stopfen!

Wir Elternvertreter, die wir die Eltern von knapp 390.000 Schülerinnen und Schüler im Land vertreten, werden bereits seit Jahren ständig vom Thema „Mangelwirtschaft“ begleitet. Warum erhalten wir keine Antwort auf unser Schreiben von den zuständigen Stellen und Personen? Sieht man die Reichweite des Themas nicht? Es geht um vernünftige Bildung für unsere Kinder und es geht darum, das Land vor enormen Folgekosten durch Weiterbildung, Sozialleistungen, etc. zu schützen, wenn diese NICHT vermittelt wird!
Investition in die Bildung ist eine Investition in unsere Zukunft, die sich rechnet.

Hier der Brief im Wortlaut.

Mangelwirtschaft in der Bildung, ein kaum noch zu ertragender Zustand im schönsten Bundesland der Republik

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Albig,
Sehr geehrte Frau von Kalben,
sehr geehrter Herr Dr. Stegner,
sehr geehrter Herr Harms,

wir, die Arbeitsgemeinschaft der Landeselternbeiräte haben in den letzten Jahren sehr viel im Bereich der Bildung erlebt und haben viele Reformen begleitet.

Die zunehmende Mangelwirtschaft im Bereich der Lehrkräfte hat ein nicht mehr erträgliches Ausmaß erreicht und ist auch kaum noch Eltern und den Schülerinnen und Schülern zu erklären.

Wir erhalten als Landeselternbeiräte immer mehr Rückmeldungen aus dem gesamten Land, dass die Stundentafeln in den einzelnen Schulen kaum noch erfüllt werden können. Es werden in vielen Schulen die Kontingentstundentafeln gekürzt, da zu wenige Planstellen zur Verfügung stehen. Weitere Einschnitte sind nun auch im Bereich der Wahlpflichtunterrichte zu vermelden. Frau Prof. Dr. Wende, als Ministerin des zuständigen Ministeriums hat auf die Unterversorgung der Schulen bereits mehrfach aufmerksam gemacht und die Zahl der fehlenden Planstellen wird mittlerweile mit 1.600 benannt.

In Gesprächen mit dem Ministerium und den bildungspolitischen Sprechern erhalten wir regelmäßig die Aussage, dass die Regierung aufgrund der Schuldenbremse nicht mehr Lehrerstellen zur Verfügung stellen kann.

Dieser Zustand ist für uns Eltern allerdings nicht mehr tragbar, da wir uns seit Jahren bewusst sind, wie wichtig eine vernünftige Bildung und Ausbildung unserer Schülerinnen und Schüler für unsere gesamte Volkswirtschaft und Steuereinnahmen sind. Die Aufgaben der Schulen werden in der heutigen Zeit immer vielfältiger, die Schulen können in vielen Themengebieten, wie z.B. Prävention oder Medienkompetenz nur noch reagieren und dieses nur mit minimalen Einsatz, da Lehrkräfte fehlen.

Diese fatale Entwicklung ist mit dem Wissen der Mangelwirtschaft nicht mehr aufzuhalten. Die Krankenstände, ganz besonders Langzeitkranke unter den Lehrkräften werden immer höher und die Unterrichtsausfälle werden dadurch auch immer mehr. Diese beiden Probleme zusammen sind eine gefährliche Kombination. In vielen Schulen werden wegen der Mangelwirtschaft schon zu wenig Stunden gegeben und zusätzlich beklagen wir zusätzliche Stundenausfälle durch Krankheitsfälle. Das bedeutet, die Lehrpläne werden kaum noch eingehalten.

Und das Ergebnis bzw. die Folgen lesen wir auch ständig in den Zeitungen:

Die weiterführenden Schulen beklagen sich über den Wissenstand der Grundschülerinnen und Schülern. Die IHK und die Handwerkskammern beklagen sich über die mangelnde Ausbildungsreife der Auszubildenden.

Die Universitäten beklagen in vielen Studiengängen Schwächen in Grundwissen der Studenten.

Die hohen Krankenstände und die bereits aufgebrauchten Vertretungsfonds bereiten uns zusätzlich Sorgen. In einigen Kreisen und kreisfreien Städten waren bereits im August keine Mittel mehr vorhanden.

Wie sollen wir Schule im Land Schleswig-Holstein noch bewerkstelligen? Die Einsparungen der Lehrerstellen durch die Schuldenbremse sind bei den tatsächlichen Gegebenheiten kaum haltbar. Sind wir am Ende mit dem Schulwesen und der Idee von guter Bildung?

Das Ministerium für Bildung und Wissenschaft kann auch nur reagieren, wenn Mittel vorhanden sind, wir Eltern sind in großer Sorge um eine ausgewogene Bildung unserer Kinder.

Das Ministerium kennt unsere Sorgen und auch die vielen Beispiele aus den Kreisen.

Aus den Reihen ihrer Landtagsfraktionen gibt es sogar einen Vorschlag, bei der KMK die Kontingentstundentafeln aufgrund der nicht vorhandenen Lehrerstellen abzusenken. Dieses allein zu denken, ist für uns Eltern eine Bankrotterklärung des Landes!

Der Ansatz weitere Stellenstreichungen vorzunehmen, da wir weniger Schülerinnen und Schüler bekommen, ist da ebenfalls nicht zielführend. Wir müssen unbedingt die fehlenden Lehrerstellen verringern. Dieses sehen wir als Aufgabe der Regierung für die Zukunft unserer Kinder.

Wir benötigen für die Zukunft unserer Kinder nicht nur ein schuldenfreies Land, sondern unbedingt eine vernünftige Bildung.

Es wird Zeit, dass der Bildungshebel endlich in Richtung Zukunft umgelegt wird.

Mit freundlichen Grüßen

Arbeitsgemeinschaft der Landeselternbeiräte

gez. Stefan Hirt, Vorsitzender des LEB der Gemeinschaftsschulen

gez. Dr. Katrin Engeln, Vorsitzende des LEB der Grundschulen und Förderzentren

gez. Jörg Wischermann, Vorsitzender des LEB der Regionalschulen

gez. Dr. Thomas Hillemann, Vorsitzender des LEB der Gymnasien

gez. Hans-Peter Schreiber, Vorsitzender des LEB der beruflichen Schulen